

Politik einer neuen Generation

9½
Punkte
Neustart-
plan

neos
OBERÖSTERREICH

1

Unternehmerisches Oberösterreich

Das WIR in Wirtschaft steht für uns alle. Innovation und Wachstum können nicht vom Staat verordnet werden. Oberösterreich hat als Wirtschaftsstandort in den letzten Jahren konsequent an Attraktivität verloren. Nur wenn der Unternehmergeist und die Freiheit in Oberösterreich wieder eine Heimat bekommen und die Bürokratie in die Schranken gewiesen wird, kann unser Land ein attraktiver Arbeits- und Wirtschaftsstandort für alle sein. Was jahrzehntelang erfolgreich funktioniert hat, wird durch die digitale Revolution innerhalb kürzester Zeit über den Haufen geworfen. Viele Geschäftsmodelle verändern sich rapide aufgrund der COVID-19-Pandemie. Wir dürfen uns daher nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen. Die oberösterreichische Wirtschaftspolitik ist träge geworden und verschläft wesentliche Entwicklungen. Auf die Digitalisierung wurde viel zu spät reagiert, in der Grundlagenforschung ist Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern unterentwickelt. Dabei ist es notwendig, in diesen Bereichen Boden zu gewinnen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und den Wohlstand in Oberösterreich abzusichern.

Was werden wir für Oberösterreich tun?

- **Standort wettbewerbsfähig halten:** Internationale Konkurrenzfähigkeit kann nur durch einen Innovationsturbo und Entlastung erreicht werden. Der Standort Oberösterreich konkurriert mit der ganzen Welt und muss daher ein attraktives Umfeld für all jene, die bereits hier leben sowie jene, die wir anziehen wollen – innovative Start-ups, internationale Wissenschaftlerinnen und Facharbeiter_innen – bieten. Teilaspekte eines attraktiven, modernen Wirtschaftsstandorts sind zudem ein familienfreundliches Umfeld sowie ein flächendeckender Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.
- **Vorausschauende Infrastrukturpolitik für wachsende Unternehmen:** Oberösterreichs Unternehmen müssen Wachstumspotenzial haben, denn das schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Dafür müssen die notwendigen Infrastrukturbedürfnisse abgedeckt werden. Um diese besser planen zu können, braucht es eine systematische Erhebung der Infrastruktur-„Needs“ der oberösterreichischen Wirtschaft.
- **Regiopole:** Linz, Wels, Hagenberg, Haid, Perg, Traun, Pasching, Asten und Co: Die Gemeinden im Zentralraum bilden einen pulsierenden Wirtschaftsstandort und Lebensraum für über eine halbe Million Menschen. Diese kleinstrukturierte Regionalität ist in manchen Bereichen aber auch überholt: Statt in einem Kooperationsverhältnis, stehen die Gemeinden in Konkurrenz zueinander. Neben der Bündelung von Kräften, Geld und Energie soll eine Regiopole der Attraktivierung des Standorts und der Lösung von Problemen wie Verkehr und Mobili-

tät, Beschäftigung sowie Umweltfragen dienen. Ein neues Zusammenwirken überwindet strukturell bedingte Grabenkämpfe und Finanzprobleme der Städte, der Gemeinden und des Landes!

- **Bürger_innen und Unternehmen entlasten – Bagatellsteuern abschaffen:** Einige Gebühren und Abgaben sind aus unserer Sicht eine einfache Geldquelle für den Staat auf Kosten der Bürger_innen. Wir wollen ein einfaches Steuersystem ohne zusätzliche Steuern und Abgaben, die für die Bürger_innen nicht nachvollziehbar sind. Aber auch der Gestaltungsspielraum bei der Wohnbauförderung wird bisher nicht in Anspruch genommen.
- **Start-up Hub aufbauen:** Oberösterreich hat mit seinen Universitäten, der Fachhochschule und dem lebendigen Wirtschaftsleben Potenzial für eine dynamische Hochschullandschaft und eine innovative Start-up Szene. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit Wissenschaft und Wirtschaft von jungen Talenten profitieren können. Ein Start-up Hub soll die Kultur des „Technology Transfers“ von den Hochschulen in die Wirtschaft stärken und die Gründerszene vibrieren lassen.
- **Oberösterreich zum Forschungshotspot machen:** Oberösterreichs Unternehmen und Hochschulen müssen im internationalen Wettbewerb innovativ und erfinderisch bleiben. Die Rahmenbedingungen im Forschungsbereich in Oberösterreich sind stark verbesserungswürdig. Die Johannes Kepler Universität und die Fachhochschule OÖ leisten zwar großartige Arbeit, können aber allein nicht jene Innovationskraft aufbringen, die Oberösterreich braucht, um erfolgreich zu bleiben. Wir wollen Forschungsinstitute nach Oberösterreich bringen und anwerben (z.B. COMET-Zentren und -Projekte). Dabei muss der direkte Austausch mit den heimischen Unternehmen, allen voran die Verwertung von Forschungsergebnissen - die „Research Commercialization“ - im Zentrum stehen. Vor allem Grundlagenforschung ist unabdingbar für frische Ideen und technologische Entwicklungen und bietet somit neue Möglichkeiten und zukunftsfähige Technologien für Unternehmen. Eine massive Aufstockung der Mittel einerseits

und gezielte Förderung von Exzellenz andererseits sind notwendig für einen wettbewerbsfähigen, dynamischen Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Forschungsförderung muss zudem entbürokratisiert werden, Rahmenbedingungen für Forschungsfinanzierung durch den Privatsektor müssen verbessert werden, die verfügbaren Mittel müssen effizient und effektiv eingesetzt werden. Entrepreneurship Education muss auf allen Ebenen des Bildungssystems verankert werden. Gleichzeitig soll das Gründungsgeschehen erleichtert und bessere Bedingungen für Risikokapital geschaffen werden.

- **Mitarbeiter_innenbeteiligung:** Es braucht endlich eine kostengünstige, schnelle, einfache und digitale Möglichkeit, um Mitarbeiter_innen Beteiligungen anbieten zu können. Diese Form der Mitarbeitermotivation hat sich international längst durchgesetzt. Das Fehlen einer solchen Möglichkeit schwächt die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich. Es braucht einen neuen gesetzlichen Rahmen, der auch eine faire Besteuerung - also erst bei einem Verkauf der Anteile- sowie Freibeträge bei Reinvestition vorsieht. Erst dann kann die Aufholjagd Österreichs vor allem bei der Attraktivität für Startups endlich Fahrt aufnehmen.

2

Kluges Oberösterreich

Bildung ist der Schlüssel zur Entfaltung und in ein freies, selbstbestimmtes Leben - einem Leben, in dem unsere Kinder Chancen selbständig erfassen und nutzen können. Trotzdem diskutieren wir in Oberösterreich seit Jahrzehnten bloß über Systeme und Strukturen und nicht über unsere Kinder und ihr Können. Die Liste der bildungspolitischen Baustellen im Land ist lang. Nur wir sind bereit, diese anzugehen.

In den Kinderbetreuungseinrichtungen werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Elementarpädagogik braucht deshalb die Anerkennung, die ihr zusteht, damit alle Kinder dieselben Startvoraussetzungen genießen. Dafür braucht es bessere Ausbildung, aber auch mehr Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Pädagog_innen.

Wir glauben nicht daran, dass Schule umso besser wird, je mehr gut gemeinte Vorgaben aus dem Landhaus gemacht werden. Eine echte, wirksame Bildungswende wird getragen von den Bildungsexpert_innen der Praxis. Unser Ziel: Die Politik konzentriert sich darauf, verlässliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen sicherzustellen und gibt den Schulleitungen sowie den Pädagog_innen die Freiheit und Verantwortung zur Umsetzung und Gestaltung. Wir stehen für umfassende pädagogische, personelle und finanzielle Autonomie und Verankerung der Elementarpädagogik im Bildungsbereich.

Bildung hört nicht nach der Schule auf, sondern begleitet uns ein Leben lang. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert und die COVID-19-Krise beschleunigt den Strukturwandel

am Arbeitsmarkt zusätzlich. Darüber hinaus besteht Bedarf an sinnvollen Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen für Menschen, deren Branche aufgrund der COVID-19-Pandemie einen dauerhaften oder jedenfalls nachhaltigen Einbruch erlitten hat.

Wir brauchen pragmatische Lösungen, in deren Zentrum immer die Selbstermächtigung des Menschen steht.

Was werden wir für Oberösterreich tun?

- **Der kluge Kindergarten:** Die elementare Bildung ist die pädagogisch wertvollste. Da Kindergärten in die Kompetenz der Gemeinden fallen, sind diese gefragt, ein kostenfreies, ganztägiges und ganzjähriges Angebot sicherzustellen. Vor allem braucht es bessere Betreuungsschlüssel, flexiblere Angebotszeiten, höhere Qualitätsstandards und eine hochwertige Ausbildung der Pädagog_innen.
- **Die autonome Schule:** Die Coronakrise hat es verdeutlicht: Schulen müssen oft rasche Entscheidungen treffen können. Das derzeitige System, in dem das Ministerium per Verordnungen entscheidet und über mehrere Hierarchieebenen steuert, ist nicht nur impraktikabel und bürokratisch, sondern nimmt den Schulen Freiheit und Verantwortung für die eigene Umsetzung und Gestaltung.
- **Chancenindex bzw. -bonus:** Schulen mit besonderen Herausforderungen sollen zusätzliche Mittel für maßgeschneiderte Konzepte zur Verfügung gestellt bekommen. Wir trauen den Expert_innen vor Ort zu, dass sie die besten Lösungen selbst finden.

- **Wir lassen keine Schüler_innen und Lehrer_innen mehr im Regen stehen:** Rostige Wasserleitungen, Containerklassen und undichte Fenster müssen in Oberösterreichs Schulen der Vergangenheit angehören. Dass der Zustand der Schulen - und damit des Unterrichts - von der Postleitzahl abhängt, wollen wir nicht mehr hinnehmen. Wir fordern ein Investitionspaket und Engagement des Landes in allen Schulen, um die Infrastruktur zu verbessern - das ist auch nötig, um ein Lernumfeld zu gewährleisten, das einem modernen Unterricht (Stichwort Ganztagesklassen) gerecht wird.
- **Unsere Schulen digifit machen:** In unseren Bildungseinrichtungen hält die Digitalisierung auf allen Ebenen Einzug, doch die Voraussetzungen sind in Oberösterreich höchst unterschiedlich. Noch immer gibt es Schulen ohne oder mit veralteter IT-Ausstattung. Dafür braucht es einen Finanztopf des Landes, um an allen Schulen einen digitalen Topzustand sicherzustellen. Die Digitalisierung bringt aber auch Herausforderungen. Ob sogenannte „Fake News“ oder Cybermobbing, die Bandbreite an möglichen Gefahren ist vielfältig. Wir müssen daher auch dafür sorgen, unsere Kinder so früh wie möglich digifit zu machen, um mit diesen Gefahren auch dementsprechend umgehen zu können. Dafür braucht es auch mehr Informatiklehrkräfte, wovon an der Pädagogischen Hochschule bisher zu wenige ausgebildet werden.
- **Pädagog_innenweiterbildung:** Wir fordern, dass Pädagog_innen auf vielfältige und wertschätzende Weise unterstützt, gefordert und gefördert werden, damit der Unterricht jedes Jahr besser wird als im Jahr zuvor. Dafür braucht es vor allem multiprofessionelle Teams mit Profis aus anderen Bereichen wie Sozialarbeit, Psychologie, Sport, Kultur und Wirtschaft. Außerdem braucht es bessere Ausbildungsangebote für Quereinsteiger_innen aus anderen akademischen Berufen sowie eine Anpassung der Anrechnungsmöglichkeiten bei der Gehaltseinstufung.
- **Gewaltprävention** muss bereits in Kindergarten und Schule verankert werden.
- **Wer an die Lehre glaubt, glaubt an die Zukunft:** Wir sehen die Lehre als hochwertige Berufsausbildung für junge Menschen und als Kernelement für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Daher setzen wir uns für verbesserte, individualisierte Berufsorientierung und die Vernetzung von Schulen und Unternehmen ein.
- **Qualifizierungsoffensive, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist:** Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert und die COVID-19-Krise beschleunigt den Strukturwandel am Arbeitsmarkt zusätzlich. Darüber hinaus besteht Bedarf an sinnvollen Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen für Menschen, deren Branche aufgrund der COVID-19-Pandemie einen dauerhaften oder jedenfalls nachhaltigen Einbruch erlitten hat.
- Die Wirtschaft weiß am besten, welche Qualifikationen gebraucht werden: Angesichts der nach wie vor bestehenden Arbeitsmarktprobleme muss der Prozess zur Verbesserung der Schulungseffektivität wesentlich beschleunigt werden. Dabei sollte das Service für Arbeitskräfte gemeinsam mit dem Service für Unternehmen im AMS vermehrt auf Unternehmen zugehen und bedarfsgerechte Schulungsmaßnahmen entwickeln. Seit dem Jahr 2010 nimmt die Effektivität von arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen ab. Das muss sich dringend ändern.

3

Transparentes Oberösterreich

Für viele Bürger_innen beschränkt sich politisches Engagement auf die Stimmabgabe bei Wahlen. Dabei würden sie auch gerne darüber hinaus politisch mitbestimmen. Doch Bürger_innenbeteiligung wird bisher nur als Marketing-Instrument eingesetzt. Noch immer behält sich die Landespolitik - insbesondere die ÖVP - vor, die endgültigen Entscheidungen selbst zu treffen.

Dieser Machtanspruch der ÖVP zieht sich durch die gesamte Landespolitik und -verwaltung. Das Amtsgeheimnis hat eine transparente Verwaltungsarbeit verhindert und damit eine effiziente, bürgernahe und sparsame Umsetzung politischer Entscheidungen. Dabei würde die Digitalisierung Chancen für mehr Transparenz und eine innovative Verwaltung mit sich bringen.

Es gibt zu wenige Politiker_innen für eine beschränkte Dauer aus der Zivilgesellschaft und immer mehr Politiker_innen, die von ihrem Beruf abhängig sind. Dadurch fehlt der frische Blick von außen und wesentliches Know-How aus allen Teilen der Gesellschaft. Gleichzeitig bedient sich die Politik für ihre teuren Wahlkämpfe am Geld der Steuerzahler_innen. Wir wollen dem Parteienstaat den Kampf ansagen.

Auch auf Gemeindeebene fürchtet man das Engagement der Bürger_innen und Transparenz. Das fördert Freunderlwirtschaft und strukturelle Korruption. Gleichzeitig versucht das Land, vor allem die ÖVP, die Gemeinden finanziell am Gängelband zu halten. Mutige und moderne Politik kann damit nicht zur Entfaltung kommen.

Was werden wir für Oberösterreich tun?

- **Informationsfreiheit statt Amtsgeheimnis:** Mit der Abschaffung des Amtsgeheimnisses muss die Verwaltung stets transparent erfolgen. Das erhöht die Nachvollziehbarkeit und verhindert Behördenwillkür und Freunderlwirtschaft - insbesondere auf Gemeindeebene. Die transparente Bereitstellung von Verwaltungsinformationen und -daten eröffnet auch (Verwaltungs-)Innovationen.
- **Digitale Verwaltung - Oberösterreich muss Estland werden:** Alle Behördengänge, sowohl für Bürger_innen als auch für Unternehmen, sollen auf ihre Digitalisierbarkeit geprüft und entsprechend angepasst werden. Oberösterreich soll damit zur Modellregion für Österreich werden.
- **Proporz in der Landesregierung abschaffen:** Die Bürger_innen haben eine Landesregierung verdient, die miteinander regieren will und nicht bloß miteinander regieren muss. Eine Abschaffung des Proporz soll für klare Verantwortlichkeiten der Regierung auf der einen und der Opposition auf der anderen Seite sorgen. Wir bringen die Kontrolle in den oberösterreichischen Landtag.
- **Bürger_innenbeteiligung braucht mehr direkte Demokratie:** Auf Gemeindeebene sollen bestimmte Entscheidungen durch die Gemeindebürger_innen in Abstimmungen legitimiert werden (z.B. Großinvestitionen, kommunales Raumbild). Auch bei Bürgerbeteiligungsverfahren sollen die Bürger_innen in abschließenden Abstimmungen mehr Mitspracherechte erhalten. Bürgerbeteiligungsverfahren ohne bindende Entscheidungen zu treffen sind zahnlos.

- **Gemeindepolitik partizipativer gestalten:** Wir fordern mehr direkte Entscheidungsmöglichkeiten für die Bürger_innen, Engagement im Gemeinderat soll leichter werden. In Gemeinden mit bis zu 5.000 Wahlberechtigten sollen 5% der Bevölkerung die Möglichkeit haben, die Einsetzung eines Bürger_innenrates zu fordern (Gemeinden über 5.000: 2,5% Einschleifregelung). Bei Bürger_innenräten handelt es sich um zufällig ausgewählte Gemeindebürger_innen, die gemeinsam für die Gemeinde Vorschläge zu Sachthemen ausarbeiten. In Gemeinden mit bis zu 5.000 Wahlberechtigten sollen 10% der Bevölkerung die Möglichkeit haben, die Behandlung eines Themas im Gemeinderat erwirken zu können (Gemeinden über 5.000: 5% mit Einschleifregelung). Der/die Antragsteller_in hat für diese Gemeindevolksbegehren Rederecht im Gemeinderat.
- **Verantwortungsvolle Politik:** Um die Abhängigkeit von politischen Entscheidungsträger_innen zu reduzieren braucht es Amtszeitbeschränkungen. Für nicht direkt gewählte Funktionsträger_innen wird die Abgeordnetentätigkeit im selben Organ auf 15 Jahre, bei Regierungssämtern auf zehn Jahre beschränkt. Gleichzeitig sollen Politiker_innen durch Amts- und Politikerhaftungen mehr Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Bei Stellenbesetzungen in der Landesverwaltung und in Landesgesellschaften sollen öffentliche Hearings die Objektivität und Transparenz von Personalentscheidungen sicherstellen und unnötige Versorgungsposten einsparen.
- **Transparente Parteifinanzen, Halbierung der Landesparteienförderung und verbindliche Wahlkampfkostenobergrenzen:** Intransparente Parteienfinanzierung setzt unterschiedliche Startvoraussetzungen für Parteien, vor allem im Wahlkampf. Wir fordern verbindliche Wahlkampfkostenobergrenzen von einem Euro pro Wahlberechtigtem pro Wahltermin. Der Zähler muss ab dem 1. Jänner des Wahljahres laufen. Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten muss Transparenz gewährt sein. Daher setzen wir uns für die Halbierung der Landesparteienförderung und für die Offenlegung aller Einnahmen und Ausgaben der Parteien und ihrer Vorfeldorganisationen 365 Tage im Jahr ein.
- **Budgetdienst für den oberösterreichischen Landtag:** Dem Landtag obliegt die Budgethoheit. Um diese auch vollinhaltlich und richtig ausüben zu können, ist die Unterstützung durch einen Budgetdienst notwendig und dringend geboten. Ein oberösterreichischer Budgetdienst erhöht die Transparenz in Haushaltsangelegenheiten und stärkt die Rolle des Landtags als Kontrollorgan.
- **Verantwortungsvolle Budgetpolitik:** Obwohl die Coronakrise das Landesbudget stark belastet hat, muss Oberösterreich auf einen konsolidierten Budgetpfad zurückkehren und den Schuldenabbau priorisieren. Eine verantwortungsvolle Landespolitik kümmert sich auch um die finanzielle Situation der oberösterreichischen Gemeinden. Wir fordern daher die sofortige Streichung der Landesumlage- ein Relikt aus der Nachkriegszeit- und eine Aufgaben- und Ausgabenreform. Somit bleibt den Gemeinden größerer finanzieller Spielraum für ihre wichtigen Aufgaben.
- **Veröffentlichung der Gemeindegebarung:** Die Gemeindegebarung ist für einen Großteil der Bevölkerung oft nur schwer verständlich, da die Rechnungsabschlüsse in der Regel mehrere hundert Seiten umfassen. Deshalb lassen mittlerweile viele Gemeinden ihre Gemeindegebarung durch www.offenerhaushalt.at leicht verständlich darstellen. Wir fordern eine verbindliche, einheitliche Veröffentlichung aller oberösterreichischen Gemeindegebarungen auf dieser Website.
- **Bürokratiebremse und Verwaltungsvereinfachungen auch in der Landesverwaltung:** Die bisherigen Initiativen zum Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachungen waren zu ambitionslos, das gilt für den Bund als auch für die schwarz-blaue Landesregierung. Wir brauchen ein kontinuierliches Monitoring und kontinuierliche Prüfung, ob Auflagen noch notwendig sind. Um Bürokratie nachhaltig zurückzudrängen, fordern wir auch auf Landesebene eine 1-in-1-out-Regelung, d.h. für eine neue Auflage muss eine weitere entfallen. Gleichzeitig sollen sämtliche Gesetze und Vorgaben ein zeitliches Ablaufdatum erhalten, damit ihr Sinn kontinuierlich überprüft wird.

4

Innovatives Oberösterreich

Oberösterreich ist ein einzigartiger Lebensraum und bietet eine hohe Lebensqualität. Die unverwechselbare Natur und Umwelt sind nicht nur ein identitätsstiftendes Element, sondern auch eine der wichtigsten Ressourcen für unsere Zukunft. Verschiedene Fehlentwicklungen gefährden jedoch die hohe Lebensqualität und die intakte Umwelt.

In der Landespolitik fehlt oft das Verständnis, wie sich einzelne Entscheidungen auf den Energieverbrauch, die Effizienz und die CO₂-Bilanz Oberösterreichs auswirken. Ohne treffsichere Maßnahmen auf allen Ebenen wird auch Oberösterreich mit Strafzahlungen in Millionenhöhe konfrontiert sein. Es muss endlich klar aufgezeigt werden, wie sich politische Entscheidungen auf Oberösterreichs Klimabilanz auswirken.

Statt einer „hamma immer schon so g'macht“-Hal-tung setzen wir uns für evidenzbasierte, innovations-freudige und ambitionierte Klima- und Energiepolitik ein, die an morgen denkt!

Was werden wir für Oberösterreich tun?

- **Ein Klimabudget auch für Oberösterreich:** Neben dem Finanzbudget braucht es ein Klimabudget. Die Budgetpolitik legt fest, wie viele Mittel für welche Aufgaben auf Gemeindeebene aufgewendet werden. Die Währung des Klimabudgets sind die Treibhausgasemissionen (CO₂-Äquivalente). Es gibt vor, in welchem Maße die CO₂-Emissionen über einen Zeitraum reduziert werden müssen, und gibt eine Abschätzung der Auswirkungen politischer Beschlüsse auf die CO₂-Salden des Landes. Durch ein oberösterreichisches Klimabudget erreichen wir eine gesamthafte Steuerung aller Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele. Ein ausgeglichener Budgethaushalt muss sowohl für die Finanzen, wie auch für das Klima angestrebt werden. Keine Verschuldung auf Kosten zukünftiger Generationen!
- **Innovation und Technologie als Antwort auf die Klimakrise:** Wir haben die einmalige Chance, Oberösterreich zum Forschungshotspot zu machen und somit durch Innovation und Technologie eine Antwort auf die Klimakrise zu geben. Forschungsprojekte, wie zum Beispiel für Smarte Cities oder Local Energy Communities, bringen unser Oberösterreich in eine innovative und nachhaltige Zukunft. Wir NEOS setzen uns dafür ein, dass dieses Verständnis auch in der Landespolitik Einzug hält!
- **Wohnbauförderung strikt an Klimafreundlichkeit binden:** Die Wohnbauförderung kann ein wichtiges Lenkungsinstrument sein, wenn sie richtig ausgestaltet ist. Für uns ist klar, dass ausschließlich ökologische Bauweisen unterstützt werden und diese

höchsten Energieeffizienzstandards entsprechen müssen. Es sollen damit vor allem im Bereich der Energieeffizienz stärker Muss-Bestimmungen geltend gemacht werden, statt kleine Boni für mehr Energieeffizienz und Klimafreundlichkeit zu gewähren.

- **Überregionale Energieraumplanung:** In Oberösterreich liegt der Ausbau erneuerbarer Energien weit hinter den Zielen. Grund dafür sind die schleppenden Widmungen einerseits und unkoordiniertes Vorgehen andererseits. Es braucht daher eine landesweite Energieraumplanung bzw. eine Gesamtstrategie für den Ausbau der Erneuerbaren im Sinne des Standorts, der Bevölkerung und der Umwelt!

- **Dezentrale Energieerzeugung forcieren:** Die Energiewirtschaft birgt großes Potential als Nebenerwerbszweig für unterschiedliche Branchen. Doch die Möglichkeiten im Bereich der Abwärmenutzung bei Industriebetrieben oder in der Landwirtschaft werden viel zu wenig genutzt. Für Oberösterreich besteht großes Potenzial die Energieeffizienz zu heben. Dafür braucht es niederschwellige Informationen und finanziell attraktive Möglichkeiten des Einstiegs.

- **Potentiale der Energiegemeinschaften heben:** Durch Energiegemeinschaften ist es mehreren Unternehmen und/oder Haushalten möglich, sich zusammenzuschließen und von einer eigenen erneuerbaren Stromproduktion und einer Unabhängigkeit vom Strommarkt und Energieunternehmen zu profitieren. Für Oberösterreichs Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe und Haushalte birgt dies gewaltiges Potential und vielfältige Möglichkeiten, einerseits Geld durch Eigenerzeugung zu sparen und andererseits einen eigenen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Damit das volle Potential entfaltet werden kann, wollen wir bürokratische und strukturelle Hindernisse für Energiegemeinschaften ausräumen und den Betrieb lokaler, kleinregionaler Verteilernetzen fördern. So bringen wir nicht nur den Kampf gegen den Klimawandel, sondern auch Oberösterreich voran.

- **110 kV unter die Erde bringen:** 110 kV Leitungen wurden in der Vergangenheit im ländlichen Raum praktisch ausschließlich als Freileitungen geführt. Doch diese verursachen eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, weisen eine höhere Korridorbreite auf, sind gegenüber witterungsbedingten Störungen sehr anfällig und führen zu großen Auseinandersetzungen mit betroffenen Bürger_innen. Aufgrund technischer Neuerungen ist es in vielen EU-Staaten mittlerweile Usus, diese Leitungen als Erdkabel zu führen. Was im Nachbarbundesland Salzburg bereits gesetzlich geregelt ist, muss es auch in Oberösterreich werden!

- **Betriebserweiterungen und Flächenmanagement für Unternehmen mit Weitblick:** Wirtschaft und Umwelt sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Statt kleinräumiger kommunal gedachter Betriebserweiterungen und der Widmung von Handelsflächen, müssen wir endlich anfangen, großräumiger zu denken. Die Scheibchentaktik bei der Grünzone muss ein Ende haben. Gleichzeitig braucht es gerade für diesen Bereich einen Kommunalsteuerausgleich, um falsche Anreize bei voreiligen Betriebserweiterungen auszugleichen. Auch das Ausspielen von Einkaufszentren und innerstädtischen Handelsflächen muss ein Ende haben.

5

Lebenswertes Oberösterreich

Warum schaut's bei uns so aus, wie's aussieht?
Das Thema der Raumplanung und -ordnung ist ein zentrales im ländlichen Raum. Nicht nur weil die Widmungskompetenzen zum großen Teil bei den Gemeinden liegen, sondern auch, weil Raumordnung bestimmt, wie wir als Gemeinschaft zusammenleben wollen. Wer will schon an einem Ort wohnen, an dem es statt einem Dorfwirtshaus einen leerstehenden Ortskern, dafür aber fünf Gewerbeparks und statt grünen Flächen und Artenvielfalt ein zubetoniertes Straßennetz gibt? Wir wollen Lebensqualität in den Gemeinden fördern, Leerstand bekämpfen und einen Wandel der Raumordnungspolitik am Land herbeiführen. Packen wir's an.

Wir wollen leistbaren Wohnraum für alle Oberösterreicher_innen schaffen. Denn die steigenden Wohnungspreise belasten die Bürger_innen. Dabei wurden wichtige Hebel bisher unzureichend genutzt, um die Baukosten zu reduzieren und auch innovative Instrumente zur besseren Planung werden nicht genutzt. Auch die Wohnsituation für sozial Bedürftige wurde nicht ausreichend an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst.

Die Attraktivität des Landes bringt zwar Zuzug, gleichzeitig steht aber auch immer weniger Platz für diese zusätzlichen Mitbürger_innen zur Verfügung. Das heizt die Preise an. Die Landespolitik hat auf diese Herausforderungen nur zaghaft reagiert und vor allem bedenkliche Scheinlösungen präsentiert, die z.B. im neuen Raumordnungsgesetz der Willkür Tür und Tor öffnen und dabei Eigentumsrechte missachten. Gleichzeitig fehlt ein strategischer Blick darauf,

wohin sich das Land entwickeln soll. Gemeinden haben noch immer zu viele Anreize, einseitig tätig zu werden, ohne die Folgen für die gesamte Region zu berücksichtigen. Ohne landesweite Entwicklungsstrategie ist dieses Vorgehen zum Scheitern verurteilt.

Der Wunsch vieler Oberösterreicher_innen ist es, Eigentum zu erwerben. Die knappen Baulandressourcen machen es notwendig, sich vom politischen Schwerpunkt der letzten Jahrzehnte zu verabschieden. Es braucht eine verdichtete Bauweise und attraktive Möglichkeiten, sich abseits vom Einfamilienhaus Eigentum aufzubauen. Dafür müssen die Raumplanungspolitik und die Wohnbauförderung auf diese Prioritäten ausgerichtet werden.

Was werden wir für Oberösterreich tun?

- **Ein „Big Picture“ für Oberösterreich:** Es braucht eine strategische, landesweite Raumplanung und ein Ende des Kirchturmdenkens. Die Gemeinden müssen deshalb ihre Entwicklungspläne untereinander abstimmen und sich an übergeordnete raumplanerische Ziele des Landes halten. Dafür braucht es finanzielle Anreize und Sanktionsmechanismen, wie z.B. einen interkommunalen, regionalen Kommunalsteuerausgleich.
- **Bodenverbrauch und Baulandhortung klug entgegenreten - Flächen effektiver nutzen:** Der Hebel liegt in der Mobilisierung der bestehenden Baulandreserven, der Revitalisierung von unbenutztem Altbestand und einer möglichst verdichteten Bauweise. Das Land muss den Gemeinden klare

Vorgaben und Möglichkeiten für eine dichtere Bauweise geben.

- **Wohnbauförderung auf die Zukunft ausrichten:**

Bei der Wohnbauförderung müssen (Nach-)Verdichtung und Sanierung im Zentrum stehen. Die Sanierungsförderung muss verstärkt Anreize setzen und damit als strategisches Instrument der Raumplanungs- und Wohnungspolitik gesehen werden, nicht wie in der Vergangenheit als Konjunkturstabilisator. Ohne entsprechender baulicher Ausnutzung der Fläche dürfen keine Förderungen vergeben werden. Um die Wirkung der Wohnbauförderung zu stärken, muss auf Investitionszuschüsse anstatt auf Förderdarlehen gesetzt werden. Damit genügend Mittel zur Verfügung stehen, müssen auch Rückflüsse aus der Wohnbauförderung zweckgewidmet sein, anstatt im allgemeinen Budget zu versickern.

- **Soziale Wohnungsvergaben transparent an neue Herausforderungen anpassen:**

Es braucht klare und transparente Vorgaben und einen Fokus auf Personen mit niedrigem Einkommen, d.h. auch ein Einkommensmonitoring für bestehende Mietverträge im sozialen Wohnbau.

- **Mit Mietkauf den Oberösterreicher_innen Eigentum ermöglichen:**

Mietkauf-Modelle im gemeinnützigen Wohnbau können einen wichtigen Beitrag zur sozialen Durchmischung leisten und mehr Oberösterreicher_innen die Möglichkeit geben, Eigentum zu erwerben. Wohnen im Eigentum ist die beste Absicherung vor Altersarmut. Die bisherigen Modelle sind aber nicht auf die Lebensrealitäten junger Menschen zugeschnitten. Ein flexibles Mietkaufmodell, in dem bisherigen Zahlungen auf die größere Wohnung angerechnet werden können, wäre eine bessere Lösung. In einem ersten Schritt soll diese Option für eine neue Wohnung innerhalb der gleichen Bauvereinigung ermöglicht werden.

- **Baunormen entrümpeln:**

Mit einer Vielzahl kluger und mutiger Einzelmaßnahmen kann eine Reduktion der Baukosten um 10 % Prozent erreicht werden - wie es das Bundesland Salzburg gerade versucht. Dabei geht es vor allem darum, auch die

ÖNORMEN durch Landesnormen auszuhebeln. Das Entrümpeln soll jedoch möglichst ohne Senkung der Anforderungen der Barrierefreiheit geschehen. Nach erfolgreicher Entrümpelung soll mittels einer 1-in-1-out-Regelung einem abermaligen Wildwuchs entgegengetreten werden.

- **Lebendige Ortskerne brauchen einen g'scheiten Wirten:**

Es gibt keine lebendigen Ortskerne ohne ein g'scheites Wirtshaus! Damit wir die Dorfplätze wiederbeleben und Gasthäuser vor dem Zusperrern retten, fordern wir die Rücknahme überbordender Bürokratie, einen Plan für qualifizierte Einwanderung von Fachkräften und ein Ende der Zwangsbeiträge für die Kammern.

- **Eine echte Breitband-Offensive:**

Ohne einen flächendeckenden Glasfaseranschluss wird der ländliche Raum nicht Lebens- und Arbeitsraum bleiben können, vom Innovationsmotor ganz zu schweigen. Wir fordern daher einen schnelleren Ausbau, vor allem in unterversorgten Regionen.

- **Widmungskompetenzen weg von den Gemeinden:**

Bürgermeister_innen sind mit der Raumordnung völlig allein gelassen und überfordert. Eine derartige Verantwortlichkeit auf Gemeindeebene zu haben bedeutet aber auch, dass Freunderlwirtschaft sowie wirtschaftliche und politische Erwägungen in der Raumordnung größeres Gewicht haben als die Baukultur und der Umweltschutz selbst. Raumordnung und Flächenwidmung soll kein Wettlauf der Bürgermeister_innen um Kommunalsteuereinnahmen und Prestigeinfrastrukturprojekte sein.

- **Entflechtung der Raumordnungs- von den Wirtschaftsagenden:**

Die Kompetenzzuteilung der Raumordnung in Oberösterreich zum Wirtschafts- und Sportressort zeigt, dass Nachhaltigkeits- und Umweltgedanken bei der Raumordnung auf oberösterreichischer Ebene keine Rolle spielen. Wir fordern eine Entflechtung der Raumordnungs- von den Wirtschaftsagenden.

- **Verpflichtende Dokumentation von Leerständen und Versiegelungsgrad und Schaffung einer Wohnbaudatenbank:**

Die Datenerfassung von

Leerstand sowie Boden- und Flächennutzung soll österreichweit vereinheitlicht werden und für Forschung, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit einsehbar sein. Oberösterreich kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und bereits jetzt die entsprechenden Daten sammeln und öffentlich einsehbar machen. Die vorliegenden Daten sollen dem Landtag jährlich in Form eines Berichts vorgelegt werden. Eine Wohnbaudatenbank soll den aktuellen Bestand und im Endausbau sogar den aktuellen Bedarf an Wohnraum in der jeweiligen Region in Echtzeit abbilden. So können Gemeinnützige und Gemeinden, aber auch Private endlich wirklich bedarfsorientiert bauen und auf Basis von Fakten entscheiden, ob lieber saniert oder neu gebaut wird.

- **Übergreifende Gemeindezusammenarbeit fördern:** Wir wollen Gemeindeverbandskonstruktionen fördern, um Gemeinden leistungsfähig zu machen. Das trägt zu einer Qualitätssteigerung in der Verwaltung und der sozialen Infrastruktur bei. Kleine Gemeinden sollen sich zusammenschließen und gemeinsam Standesamtsverbände oder gemeinsame Wirtschaftshöfe betreiben. Dies erhöht die Professionalität und ermöglicht Spezialisierung der Mitarbeiter_innen.
- **Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz** bei sämtlichen raumplanerischen Instrumenten.

6

Weltoffenes Oberösterreich

Keine europäische Region kann sich ohne Gesamteuropa entwickeln. Dies ist insbesondere für Oberösterreich als Industrie- und Wirtschaftsstandort, der an die Nachbarländer Deutschland und Tschechien angrenzt, von großer Bedeutung. Europa kann nicht als Einzelthema gedacht oder behandelt werden, da es so viele Aspekte unseres Lebens beeinflusst. Was auf EU-Ebene verhandelt und rechtlich verankert wird, muss auf Gemeindeebene umgesetzt werden. Gemeinden sind daher nicht nur der Motor am Land, sondern auch der Ort, an dem Europa spürbar wird. Sie sind die direkte Verbindung zwischen den Bürger_innen und Europa.

Was werden wir für Oberösterreich tun?

• Engagierte Regionen, die das Potenzial der EU am

Land entfalten: Auf EU-Ebene gibt es eine Vielzahl an Fördertöpfen, von denen sowohl die Bundesländer als auch die Gemeinden profitieren können. Gemeinden muss unter die Arme gegriffen werden, damit sie dies allein bewerkstelligen können. Vor allem die Chancen für Zukunftsprojekte, die sich aus dem COVID-19-Wiederaufbaufonds ergeben, dürfen nicht verschlafen werden. Auch bei der Einwerbung von Mitteln aus „Horizon Europe“ soll Oberösterreich ganz vorne dabei sein, um einen Boost für innovative oberösterreichische Forschungsprojekte zu garantieren.

• **Position der EU-Gemeinderäte stärken:** Gemeinderät_innen sind erste Ansprechpartner_innen, wenn es um Fragen zu Europa und den Gemeinden geht. Sie vermitteln EU-Themen auf lokaler Ebene und unterstützen ihre Gemeinden bei der Umsetzung von europäischen Vorgaben. Wir wollen ihre Position und wichtige Arbeit sichtbar machen. Leider wissen aber nur wenige Bürger_innen, welche wichtige Rolle EU-Gemeinderät_innen spielen. Mehr Information darüber, etwa durch die Bürgermeister_innen, ist also der erste notwendige Schritt. Zudem sind Bürgermeister_innen rechtlich verpflichtet zu bestätigen, dass jemand wirklich Gemeinderät_in ist, damit diese Person EU-Gemeinderat/rätin werden kann. In der Praxis lehnen dies manche Bürgermeister_innen allerdings ab. Das darf in Zukunft nicht mehr passieren.

• **99 Städte- und Gemeindepartnerschaften für**

Oberösterreich: Städte und Gemeinden überall auf der Welt stehen vor ähnlichen Herausforderungen: Von Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Verkehrsplanung oder effizienter Verwaltung hin zu Gesundheitsinfrastruktur, Schulen, Sicherheit, der Bewältigung der COVID-Krise und vieles mehr. Oberösterreichs Städte und Gemeinden sollen ihre Expertise und ihre Erfahrungen teilen und von anderen lernen. Wir fordern 99 Partnerstädte und -gemeinden für Oberösterreich. Die Partnerschaft soll sich- unterstützt vom europäischen Ausschuss der Regionen- auf die Expertise der jeweiligen Städte konzentrieren, um hier maximalen Fortschritt zu erzielen.

- **Aufnahme der vulnerabelsten Personen durch das Land, die Städte, die Gemeinden und die Zivilgesellschaft ermöglichen:** Die türkis-grüne Bundesregierung bleibt dabei, keine Menschen aus den Elendslagern an den EU-Außengrenzstaaten zu holen und beteiligt sich nicht einmal am Programm der Europäischen Kommission zur Umsiedlung unbegleiteter Minderjähriger. Wenn die Regierung schon nicht selbst handeln möchte, soll sie wenigstens den zur Hilfeleistung Bereiten aus Zivilgesellschaft und Lokalpolitik nicht im Weg stehen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass es Oberösterreichs Städten, Gemeinden sowie der Zivilgesellschaft ermöglicht wird, die vulnerabelsten Personen aufzunehmen. Denn Oberösterreich hat Platz!



Gesundes Oberösterreich

Das oberösterreichische Gesundheitssystem ist zu wenig auf Prävention ausgelegt, außerdem zu intransparent und zersplittert und dadurch ineffektiv. Die anstehende Pensionierungswelle erhöht den Druck auf Ärzt_innen und Notfallambulanzen. Dadurch steigen die Kosten für das Gesundheitssystem. Auch die Pflege steht in Oberösterreich vor neuen Herausforderungen, denn die demografische Entwicklung der Bevölkerung führt in eine alternde Gesellschaft. Während die Lebenserwartung weiter steigt, gehen geburtenstarke Jahrgänge in Pension und geburtenschwache Jahrgänge rücken nach. Immer weniger Erwerbstätige stehen einer immer größeren Anzahl von Pensionist_innen gegenüber. Für ein gesundes Oberösterreich wollen wir eine flächendeckende, bedarfsgerechte, aufeinander abgestimmte und hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherstellen.

Was werden wir für Oberösterreich tun?

- **Flächendeckende Primärversorgung:** Wir wollen die medizinische Versorgung der Bürger_innen so nah am Wohnort wie möglich sicherstellen. Dies gelingt durch die flächendeckende Umsetzung der Primärversorgung. So wird die Zusammenarbeit der niedergelassenen Gesundheitsberufsgruppen (Ärzt_innen, Pfleger_innen, Therapeut_innen, Sozialarbeiter_innen) unter einem Dach oder in Netzwerken gestärkt. Dies schafft viele Vorteile: Von Kostenreduktion, besseren Präventionsmöglichkeiten und Compliance über kürzere Wartezeiten und vereinfachte Kommunikation hin zu leichterem Evaluierung, Patient_innensicherheit und Schnittstellenmanagement.
- **Vertragsärzt_innenmangel beenden:** Die ÖGK Oberösterreich hält mit 500 Mio. Euro fast die Hälfte der ÖGK-Rücklagen und spart gleichzeitig in der vertragsärztlichen Versorgung, wodurch den Menschen oft nur noch die wahlärztliche Versorgung zur Verfügung steht. Um das Sparen auf dem Rücken der Bevölkerung zu unterbinden, soll die wahlärztliche Versorgung künftig höher durch die ÖGK Oberösterreich refundiert werden. In Gebieten mit fehlender vertragsärztlicher Versorgung sollen die Wahlkosten zudem zur Gänze von der ÖGK refundiert werden.
- **Ausbildungsreform:** Landärzt_in als attraktives Berufsbild: Dass Oberösterreich mit einem Ärztemangel kämpft, zeigen die Zahlen: Derzeit liegt die Zahl der unbesetzten Kassenstellen bei 40. Um gegen den Versorgungskollaps anzukämpfen und

den Druck auf die Ärzt_innen sowie Notfallambulanzen zu senken, wollen wir Jungärzt_innen auch vermehrt für den niedergelassenen Bereich begeistern. Um dies zu erreichen, soll die Lehrpraxis früher im Turnus ansetzen und mehr Mittel für die Hausarztausbildung bereitgestellt werden. So lernen Medizinstudierende den Berufszweig in all seinen Facetten frühzeitig kennen und arrivierte Ärzt_innen erhalten finanzielle Unterstützung für die Ausbildung ihrer jungen Kolleg_innen.

• **Gesundheitsförderung und Prävention ausbauen:**

Gesundheitsförderung und Prävention müssen deutlich ausgebaut werden (Vorsorge- statt Reparaturmedizin), inklusive positiver Anreize beim Erreichen vereinbarter Gesundheitsziele. Dazu zählt auch ein niedrigschwelliger und breiter Zugang unter Miteinbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Strukturen (Apotheken, Schulen, Vereine, etc.).

• **Kinder- und Jugendgesundheit fördern:** Die Förderung von Kinder- und Jugendgesundheit (Programme in Schulen, Vereinen, etc.) und vermehrte Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit (organisatorische Hilfe bei Betreuung, physische und psychische Entlastung und Begleitung der Pflegenden, etc.) müssen forciert werden. Kinder und Schulpsychologie müssen dringend stärker ausgebaut werden.

• **Ausbau der Onlineangebote im Gesundheitsbereich:** Gerade die Pandemie hat gezeigt, dass die Einschränkungen nicht zu einer Vernachlässigung der restlichen Krankheiten führen darf. Deshalb sollen für die entsprechenden Online-Angebote weiter ausgebaut werden.

• **Bedarfsgerechte Pflege:** Integrative Pflegekonzepte, die das gesamte Gesundheitswesen, und nicht einzelne Aspekte dessen herausstreichen, sind notwendig, um den Herausforderungen der Zukunft angemessen zu begegnen. Die Ausrichtung der Pflege muss den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden. So sollen ambulante Pflegestrukturen klare Priorität vor Heimbetreuung haben und es älteren Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden zu leben.

Um die individuelle Betreuung im stationären Langzeitbereich zu verbessern, fordern wir eine deutliche Erhöhung professioneller Krankenpflegepersonen sowie eine Strukturänderung durch die Integration multiprofessioneller Therapieteams in den Heimalltag. Gleichzeitig wollen wir den Pflegeberuf durch neue Berufsfelder – wie der „Community Nurses“ – sowie einen Leistungsabrechnungskatalog mit der ÖGK für selbstständige Pfleger attraktiver machen.

• **Flächendeckende betriebliche Altersvorsorge als Teil der Pflegefinanzierung:**

Zur besseren Finanzierung der Pflege fordern wir eine flächendeckende betriebliche Altersvorsorge. Dafür sollen zwei Prozentpunkte der nicht-arbeitnehmerbezogenen Lohnnebenkosten (z.B. Wirtschaftskammerumlage) in eine Altersvorsorgekasse umgeschichtet werden. Für Präventionsmaßnahmen, wie zum Beispiel Vorsorgeuntersuchungen, soll es staatliche Präventionszahlungen in diese Altersvorsorgekasse geben.

• **Pflegegeldzuschläge für Demenz und Härtefälle:**

Demenz ist derzeit nicht im Pflegegeld berücksichtigt, weil diese nicht körperlich bedingt ist. Außerdem sind schwere Behinderungen noch schlecht abgedeckt. Darum fordern wir in diesem Bereich bedarfsgerechte Anpassungen beim Pflegegeld, anstatt das Geld mit der Gießkanne zu verteilen.

• **Qualitätszuschläge für zertifizierte 24-Stunden-Betreuung:**

Die 24-Stunden-Betreuung ist unterfinanziert, darunter leidet oftmals die Qualität bei der Betreuung. Wir fordern daher Zuschläge für qualitätszertifizierte 24-Stunden-Betreuung!

8

Mobiles Oberösterreich

Oberösterreich hat viele Stärken. Doch langfristig braucht es für Lebensqualität und Wirtschaftsstandort eine Dekarbonisierung durch eine Mobilitätswende, denn die Emissionen aus dem Verkehr steigen nach wie vor. Während in Oberösterreichs Ballungsräumen Straßen entlastet, Individualverkehr unattraktiver gemacht und alltägliche Besorgungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß machbar sein sollten, steht der ländliche Raum vor ganz anderen Herausforderungen. Wie bei vielen Projekten erkennt man auch hier eine starke Steuerung von oben, statt ein Wachsen der Energieautonomie von unten.

Den Bürger_innen müssen die einzelnen Vorteile verdeutlicht werden, damit Unternehmen sowie Industrie die dortigen Möglichkeiten erkennen und auch nutzen können.

Was werden wir für Oberösterreich tun?

- **Innovationscluster für integrierte Verkehrs- und Energiekonzepte:** Gerade im Bereich der Mobilität muss Oberösterreich im Rahmen der Energieautonomie noch wesentlich mehr leisten. Ein paar Elektroautos, Busse und Radwege mehr können nicht über den Stillstand bei der Umsetzung einer klimafreundlichen Mobilität hinwegtäuschen. Andere Regionen - wie z.B. das Südburgenland - haben Innovationscluster gegründet, um im Bereich der klimafreundlichen Mobilität etwa auch im Bahnverkehr (und damit langfristig auch im Güterverkehr) neue Wege zu erproben. Dafür braucht es aber auch Forschungs-Know-How im Land.
- **Zukunftsweisende Mobilitätsplanung statt beharrende Kräfte:** Anstatt kleinkariert zu denken und jeden Parkplatz zum Politikum zu machen, muss das Land eine zukunftsweisende Mobilitätsplanung auf den Tisch legen. Einzelne ÖVP-Prestigeprojekte wie das fatale Westringprojekt reichen längst nicht mehr aus.
- **Ein bedarfsorientiertes Angebot:** Vor allem im ländlichen Raum sind klassische öffentliche Verkehrsmittel oft nicht erfolgreich. Da die Takte zu lang und die Haltestellen zu wenige sind, entspricht das dürftige Angebot nicht dem Bedürfnis der meisten Bürger_innen. Öffentlicher Verkehr muss benutzbar gemacht werden, daher fordern wir eine Mobilitätswende hin zu einem bedarfsorientierten, flexibleren Angebot. Micro ÖV-Systeme und eine Sharing Economy können das Angebot attraktiveren.

- **The last mile:** Der ländliche Bereich steht vor allem was öffentliche Verkehrsmittel betrifft vor ganz anderen Problemen als der städtische. Denn um überhaupt in ein öffentliches Verkehrsmittel zu steigen, müssen viel weitere Distanzen zurückgelegt werden als das zum Beispiel in Großstädten der Fall ist. Um zu vermeiden, dass Bürger_innen automatisch das Auto wählen, müssen Anreize geschaffen werden, zu Fuß oder bei weiteren Strecken mit dem Fahrrad zu der nächsten S-Bahnstation zu fahren. Im Umkreis jeder S-Bahn-Haltestelle müssen attraktive Möglichkeiten im Sinne eines Mobilitäts-Hubs, wie überdachte Unterbringungsmöglichkeiten für Fahrräder oder E-Bike-Ladestationen, angeboten werden. Auch Fußgänger_innen soll der Weg zum nächsten Verkehrsmittel mit Vorrang bei Straßenübergängen oder besser getakteten Ampeln erleichtert werden.
- **Zwei Räder, großes Potenzial:** Fahrradwege müssen zum integralen Teil der Verkehrsplanung werden. Wir fordern daher einen oberösterreichischen Masterplan zur Steigerung des Fahrradverkehrs, sowie des Ausbaus, der Verdichtung und der Lückenschließung bei der regionalen Fahrradinfrastruktur. Für bessere Rahmenbedingungen der Fahrradinfrastruktur zwischen Ortschaften und Gemeinden braucht es eine überregionale Radverkehrsplanung. Gemeinsam wollen wir nicht nur den ersten Pedaltritt setzen, sondern auch den zweiten und dritten.
- **Transparente Ausschreibung und Kosteneffizienz:** Wer kennt es nicht? Prestigeprojekte im Mobilitätssektor verzögern sich und die Kosten werden Jahr für Jahr höher. Wir fordern ein Ende dieser Steuergeldverschwendung. Vorrangiges Ziel muss sein, öffentliche Aufträge zu möglichst wirtschaftlichen Konditionen für die öffentliche Hand abzuwickeln. Die Auftragsvergaben aller öffentlichen Landes- und Gemeindestellen müssen daher in einem online einsehbaren Register zugänglich gemacht werden. Erst ab dem Zeitpunkt, ab dem sie in der Vergabedatenbank veröffentlicht wurden, sollen öffentliche Aufträge Gültigkeit erhalten.



Faires Oberösterreich

Die schwarz-blaue Landesregierung macht visionlose Sozialpolitik. Probleme werden nur kurzfristig gelöst. Management- und Kontrollversagen innerhalb der Landesregierung, ohne dabei einen Weitblick zu haben und sozialpolitische Probleme an der Wurzel zu packen, prägen das Bild. Mutige Schritte für innovative Ansätze fehlen völlig. Stattdessen wird Bürokratie geschaffen, die es sozialbenachteiligten Menschen noch schwerer macht. Die langfristige Finanzierbarkeit des Sozialsystems wird damit nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im Land gefährdet.

Sozialpolitische Maßnahmen setzen oft viel zu spät an. Sie sind darauf fokussiert, soziale Probleme zu lindern, nicht aber, diese schon frühzeitig zu verhindern. Prävention ist in vielen Bereichen ein Fremdwort. Das zeigt sich vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe: Ein Viertel der Kinder hat aufgrund sozialer Schief-lagen geringe Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben. Sie stehen schon früh auf dem gesellschaftlichen Abstellgleis. Um zum „chancenreichsten Land für Kinder“ zu werden, muss noch viel passieren.

Zudem ist Oberösterreich noch immer von altmodischen Rollenverständnissen und patriarchalen Strukturen geprägt. Die oberösterreichische Familienpolitik bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen konservativen Rollenbildern einerseits und paternalistischen staatlichen Eingriffen andererseits. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und sozialen Strukturen behindern die faktische Gleichstellung maßgeblich und erkennen die Selbstbestimmtheit und Freiheit der Frau nur unzureichend an. Die Familienförderung in Österreich und vor allem in Oberös-

terreich ist geprägt von einer Vielzahl an Leistungen, die unterschiedliche und sich teils konterkarierende Ziele verfolgen und Anreize für Teilzeitarbeit oder gar keine Erwerbstätigkeit setzen. Der Anteil an Teilzeitbeschäftigten ist mit über 50 Prozent aller weiblichen Beschäftigten österreichweit eine der höchsten, gleichzeitig können Oberösterreichs Frauen am wenigsten Stunden pro Woche arbeiten.

Eine moderne Familienpolitik muss Rahmenbedingungen schaffen, die es allen Elternteilen ermöglicht, eine stärkere Rolle im Familienleben einzunehmen. Frauen müssen gleichberechtigte Möglichkeiten haben, am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Ein wesentlicher Schlüssel, um dieser Thematik zu begegnen, ist ein gleichberechtigter Karenzanspruch für beide Elternteile. Eine entsprechende Infrastruktur mit vielen Kinderbetreuungsplätzen ist eine wesentliche Maßnahme, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern. Oberösterreich ist hier noch immer Nachzügler und muss endlich im 21. Jahrhundert ankommen. Dafür muss auch die Qualität der Kinderbetreuung verbessert werden.

Trotz der Senkung des Wahlrechts auf 16 Jahre sind Oberösterreichs Jugendliche zu wenig in politische Entscheidungsprozesse eingebunden. Gleichzeitig werden ihnen immer mehr Vorschriften gemacht, statt sie Eigenverantwortung übernehmen zu lassen.

Was werden wir für Oberösterreich tun?

- **Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplätze:** Für Kinder ab dem ersten Geburtstag fordern wir einen

Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplatz. Dieser soll bestenfalls mit einer Vollerwerbstätigkeit vereinbar sein. Der Rechtsanspruch endet nicht mit dem Kindergarten sondern zieht sich bis ins (Volks-)Schulalter. Damit können sich Eltern auf eine flexible und bestmögliche Versorgung ihrer Kinder verlassen, unabhängig vom Wohnort.

- **Qualitativer Ausbau der Kinderbetreuung:** Kinderbetreuungseinrichtungen sind nicht nur Aufbewahrungsstätten für Kinder, sondern die ersten Bildungseinrichtungen, die gerade Kindern aus sozialbenachteiligten Schichten mehr Chancengerechtigkeit ermöglichen. Durch entsprechende Weiterbildungsprogramme sollen Träger(-Gemeinden) und Elementarpädagog_innen in Zukunft gefordert und gefördert werden, die Qualität der Kinderbetreuung weiterzuentwickeln. Dafür soll auch ein Gütesiegel den Anreiz zur permanenten Qualitätsentwicklung mit sich bringen.
- **Gesicherte Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen:** Derzeit fehlt es an einer sicheren Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Deshalb muss es für die Träger(-Gemeinden) auch nach Auslaufen von Anschubfinanzierungen eine Finanzierungssicherheit geben. Neben der Forcierung des aufgabenorientierten Finanzausgleichs hätte auch die Umsetzung eines Schecksystems für Betreuungseinrichtungen (Subjekt- statt Objektförderung) Vorteile in diesem Bereich. Die Möglichkeit, Kinder in jenem Ort, an dem auch der Arbeitsplatz ist, in Betreuung zu geben, muss geschaffen werden.
- **Präventive Sozialarbeit - Schief lagen verhindern, statt nur Folgen abzuschwächen:** Die Veränderung der Kinder- und Jugendhilfe soll als Anlass genommen werden, neue Wege zu beschreiten. Projekte wie „Frühe Hilfen“ bzw. „Netzwerk-Familie“ sollen von Landesseite mit mehr Kompetenzen und Mitteln ausgestattet werden - die „Familienlots_innen“ können hier als Vorbild dienen. Es braucht niederschwellige Möglichkeiten, Präventionsarbeit zu leisten und möglichen Schief lagen bereits frühzeitig entgegenzuwirken. Das betrifft nicht nur die Kin-

der- und Jugendhilfe, sondern auch den Schutz von Frauen vor Gewalt.

- **Jugendgemeinderäte einführen:** Wir wollen in allen Gemeinden einen Jugendgemeinderat (mit mindestens drei Mitgliedern) einführen, der direkt von den Jugendlichen gewählt wird. Der Jugendgemeinderat bekommt einen Sockelbetrag (einen Euro pro Einwohner_in) zur freien Verfügung. Damit fördern wir Jugendbeteiligung und ermöglichen es jungen Menschen, nach ihren Vorstellungen Maßnahmen in ihrem direkten Lebensumfeld zu gestalten.
- **Möglichkeiten der neuen Sozialhilfe nützen, um Menschen schnell in ein selbstbestimmtes Leben zu führen:** Damit sich eine Erwerbsarbeit auch auszahlt, müssen Ausbildungen gefördert, Erwerbstätigkeit eingefordert und finanzielle Anreize gesetzt werden. Am besten gegen Armut und soziale Ausgrenzung hilft ein Arbeitsplatz. Für Oberösterreich braucht es deshalb ein Modell, um flexiblen Zuverdienst zu ermöglichen. Dieser zahlt sich derzeit in vielen Fällen noch immer nicht aus.



Neues Oberösterreich

Egal ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition - wir NEOS stehen für konstruktiv-kritische Politik. Wir sind der Partner für all das, was in Oberösterreich fehlt. Als einzige frische, junge Kraft im Landtag werden wir die Dynamik zum Positiven verändern und uns konsequent für Innovation, Transparenz und Kontrolle sowie für die beste Bildung für unsere Kinder einsetzen.

Die oberösterreichische Politik darf sich nicht auf den historischen Lorbeeren ausruhen. Was die letzten Jahrzehnte super funktioniert hat, reicht für die Zukunft nicht mehr aus. Wir brauchen kein Comeback des Alten, sondern einen Neustart mit grundlegenden Reformen. Die Zeit des bloßen Verwaltens muss vorbei sein. Oberösterreich braucht eine Opposition, die kontrolliert und echte Lösungen und innovative Ideen antreibt. Wir wollen den Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft mit Wohlstand und Lebensqualität legen.

Mit NEOS gelingt der Neustart für eine anständige Politik mit Weitblick in Oberösterreich.